

FR 8-4-15

TAGESZEITUNG FREIE PRESSE

Lange Leitung auf dem Land

Sachsen und der demografische Wandel: Wo weniger Menschen leben, wird die Versorgung teurer. Und es gibt Folgen für die Infrastruktur – beim Wasser ebenso wie beim Strom. Experten und Politiker denken über eine gerechtere Verteilung von Lasten und Finanzmitteln nach.

VON OLIVER HACH

MITTWEIDA – Als Ingenieure im Jahr 1912 die Trinkwasserversorgung in Plauen planten, lebten in der Stadt 128.000 Menschen. Der Hochbehälter am Reusaer Wald, der damals errichtet wurde, tut noch immer seinen Dienst – für inzwischen 65.000 Einwohner. „Eine glatte Halbierung in 100 Jahren“, stellt Henning Scharch fest. Der Geschäftsführer des Zweckverbands Wasser und Abwasser Vogtland (ZWAV) kümmerte sich auch zu DDR-Zeiten um die Trinkwasserversorgung in Plauen. Damals lebten im Neubaugebiet Chrieschwitzer Hang 20.000 Menschen – heute sind es 5000. Beim Stadtumbau Ost wurden Lücken gerissen im Gebäudebestand – doch das Leitungsnetz in der Erde muss weiter unterhalten werden.

Scharch war Referent auf einer Fachtagung des Bildungswerks Kommunalpolitik Sachsen in Mittweida, wo im März Vertreter sächsi-

scher Kommunen über die Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die kommunale Infrastruktur diskutierten. Seit 50 Jahren schrumpft die Bevölkerung im Gebiet des Freistaats – von 5,5 Millionen auf derzeit noch knapp über 4 Millionen. In zehn Jahren werden es noch 3,7 Millionen sein. Dann leben auf einem Quadratkilometer im Durchschnitt noch 62 Menschen. Deren Durchschnittsalter wird bei über 50 Jahren liegen. „Schrumpfung und Alterung setzen sich fort“, so fasste es Annett Kirschke vom Statistischen Landesamt Sachsen auf der Konferenz zusammen.

Welche Versorgung kann und will man sich dann noch leisten? Das Beispiel Wasser zeigt die Herausforderungen, vor denen die Kommunen stehen.

Die Sachsen sind deutscher Meister im Wasser sparen. Im Vogtland liegt der Verbrauch bei gerade einmal 80 Litern pro Einwohner und Tag – und die wachsende Gruppe der Alten verbraucht am wenigsten. Besonders teuer wird es auf dem Land. In abgelegenen Dörfern wie Bösenbrunn im Grenzgebiet zu Bayern verkauft der ZWAV pro Kilometer Rohrnetz und Jahr heute gerade einmal 800 Kubikmeter Wasser – ein wirtschaftliches Desaster. In der Stadt Plauen ist es das Zehnfache.

Doch auch im Stadtgebiet gibt es Probleme. Ob in schrumpfenden Plattenbauvierteln oder überdimen-

sionierten Gewerbegebieten: In vielen Rohren fließt das Wasser kaum noch. Wo es zu lange steht, droht Keimbildung. „In bis zu 50 Prozent unserer Trinkwassernetze haben wir Stagnationsprobleme“, berichtet Scharch. Die Folge: erhöhter Spülaufwand, der die Kosten treibt.

Von 100 Wasserwerken zu DDR-Zeiten hat der ZWAV über die Hälfte aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt. Sogar über die Aufgabe von einer der drei Talsperren wurde im Vogtland diskutiert. Nur weil urbane Regionen den ländlichen Raum mitfinanzieren, bleibt die Versorgung bezahlbar. „Plauen allein hätte viel niedrigere Trinkwassergebühren“, sagt Scharch. Er fordert mehr Solidarität bei der Kostenverteilung – und eine Neujustierung des Gebührensystems. Denn egal, wie viel Wasser die Kunden verbrauchen: 80 Prozent der Ausgaben des Versorgers sind Fixkosten. Doch nur 10 Prozent der Einnahmen kommen aus Grundgebühren. „Wir brauchen Tarifmodelle mit hohem Grundpreis“, sagt der ZWAV-Geschäftsführer. Perspektivisch müssten auch kleine Zweckverbände fusionieren. Sonst seien die Probleme des demografischen Wandels nicht lösbar. Gefordert seien die Gemeinden, die in den Zweckverbänden kooperieren.

Herausforderungen gibt es auch bei der Stromversorgung. So ging im

Bereich des Unternehmens Mitnetz, das die Stromnetze in großen Teilen Sachsens, aber auch in Teilen von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen betreibt, die Zahl der Hausanschlüsse zwischen 2010 und 2014 um mehr als sechs Prozent zurück. Rückbau von Anlagen ist nach den Worten von Uwe Kramer, Leiter der Netzregion Südsachsen bei Mitnetz, bislang noch kein großes Thema. Aber er sieht ein anderes Problem, das sich weiter verschärft: „Ein überdurchschnittlich hoher Anteil an erneuerbaren Energien und rückläufige Bevölkerung treiben die Netzentgelte in die Höhe.“

Im Osten wird mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt, zugleich gibt es eine geringere Absatzdichte und weniger Großabnehmer als im Westen. Daher müssen die Verbraucher hier mehr für den Strom bezahlen. Die stärkere Förderung des Eigenverbrauchs, etwa bei Solaranlagen, werde die Situation verschärfen, prognostiziert Kramer. Und hinsichtlich der Attraktivität für die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe befürchtet der Mitnetz-Manager: „Die Standorte werden so nicht attraktiver.“

Immer wieder prangern ostdeutsche Länder diese Benachteiligung an. Aber bei der Finanzausstattung gibt es auch innerhalb von Sachsen Rivalitäten. Ronny Hofmann, Bür-

germeister der 4500-Einwohner-Stadt Lunzenau in Mittelsachsen, sieht den ländlichen Raum generell benachteiligt. Er beklagt, dass die Großstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz pro Kopf um rund 200 Euro höhere Schlüsselzuweisungen bekommen als die übrigen Gemeinden in Sachsen. Begründet wird dies mit zusätzlichen Aufwendungen für zentrale Institutionen und ihrer Doppelfunktion, in der sie zugleich Landkreisaufgaben in ihrem Gebiet wahrnehmen. Der Lunzenauer Bürgermeister verlangt angesichts des Rückgangs der Landbevölkerung und des Wachstums in den Großstädten eine Neuordnung der Schlüsselzuweisungen. Ob Theater oder Krankenhaus: „Was hält die Stadt Chemnitz vor, was der Landkreis Mittelsachsen nicht vorhält?“ fragt Hofmann.

Im Finanzministerium in Dresden heißt es, erst 2013 habe es eine Umschichtung von Mitteln zugunsten des ländlichen Raums gegeben. Sprecher Stephan Gößl sagt, man werde die unterschiedliche Einwohnerentwicklung weiter verfolgen und gegebenenfalls steuernd bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen eingreifen. Gößl sieht jedoch grundsätzlich andere Prämissen für die Verteilung: „Es gilt der Grundsatz, dass das Geld dorthin fließen soll, wo die Menschen wohnen.“